

**Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK)  
am 25./26. Mai 2023 in Potsdam**

**TOP 5.1**                      **Ressourcen von Familien mit Kindern stärken**  
**Antragsteller:**            **RP, BB, BW, HH, HB, HE, MV, NW, NI, SH, SN, ST, TH**

**Beschluss:**

Die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) fasst folgenden Beschluss:

1. Die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) betont die fundamentale Bedeutung von Familien für unsere Gesellschaft gerade in Zeiten multipler Krisen, wie der Corona-Pandemie, dem Krieg in der Ukraine und des Klimawandels. Gelingende familiäre Beziehungen sind unverzichtbar, damit Einzelne, aber auch die Gesellschaft insgesamt, Krisen bewältigen können. In Familien lernen Kinder die Grundlagen für das soziale Miteinander und werden auf gegenwärtige und zukünftige Anforderungen vorbereitet. Familienpolitik als Querschnittspolitik muss deshalb gute Bedingungen für Familien schaffen, damit sie die Ressourcen bekommen, ihren Beitrag für die Gesellschaft erfüllen zu können. Denn es geht um fast zwölf Millionen Familien mit Kindern und um die Zukunft unserer Gesellschaft. Familien gilt es, in ihrer Eigenverantwortung zu ermutigen und in ihren Kompetenzen zu stärken.
  
2. Die JFMK nimmt zur Lebenslage von Familien Bezug auf den Neunten Familienbericht „Eltern sein in Deutschland – Ansprüche, Anforderungen und Angebote bei wachsender Vielfalt.“ Der Bericht zeigt auf, dass die Anforderungen an Familien gestiegen, Familien vielfältiger geworden sind und deren Lebensbedingungen und soziale Verhältnisse sich immer stärker ausdifferenzieren. In der Folge erleben Kinder sehr ungleiche Bedingungen des Aufwachsens. An diesen Befunden muss sich Familienpolitik orientieren. Familienpolitische Entscheidungen und Maßnahmen müssen diese Vielfalt widerspiegeln und berücksichtigen, damit sie alle Familien erreichen. Familienpolitik ist mehr denn je Querschnittspolitik, die Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen und gemeinsam ausgestalten müssen. Der neunte Familienbericht enthält entscheidende Empfehlungen für eine Weiterentwicklung der Familienpolitik.

3. Ein **Aufwachsen in finanziell prekären Verhältnissen**, kann das Familienklima erheblich belasten und hat oftmals negative Folgen in Hinblick auf Bildung, Gesundheit und Wohlbefinden und führt zu geringeren Förder- und Teilhabemöglichkeiten. Diese Einschränkungen können für Kinder eine schwere Hypothek darstellen. Es gilt, allen Kindern eine chancenreiche Zukunft zu eröffnen, Eltern Ressourcen für ein förderliches Familienleben zu verschaffen und auch „Vererbung“ von Armut zu verhindern. Ein gutes Hineinwachsen von Kindern und Jugendlichen in die Gesellschaft ist zudem Basis unserer Zukunft. Dabei ist das Kindeswohl als Leitprinzip auch bei finanziellen Entlastungen maßgeblich; Belange von Kindern und Jugendlichen sind entsprechend zu gewichten.

Die finanzielle Lebenslage der Kinder leitet sich direkt aus dem Familieneinkommen ab. Es gilt daher, Familien durch Leistungen für Eltern und Kinder wirtschaftlich zu stabilisieren. Die Frage der Neubemessung eines spezifischen Existenzminimums für Kinder in unserer Gesellschaft, insbesondere die Gewährleistung von angemessener Teilhabe, ist ein zentraler Hebel für bessere Startchancen der jungen Generation. Die JFMK bittet die Bundesregierung, sich der Neubemessung eines Kinderexistenzminimums prioritär und schnell anzunehmen, damit alle Familien, gerade in diesen schwierigen Zeiten für ihre Kinder eine verlässliche und förderliche finanzielle Basis erhalten. Das bedeutet auch, alle Familienformen sowie besondere Lebenslagen, z.B. von Familien mit Kindern mit Behinderungen, allein- oder getrennterziehende und kinderreiche Familien, im Blick zu behalten.

Unbürokratische Zugänge zu monetären Leistungen helfen, dass Leistungen tatsächlich in Anspruch genommen werden und bei den Kindern und Jugendlichen ankommen. Die JFMK bittet die Bundesregierung, die Digitalisierung gemeinsam mit Ländern und Kommunen voranzutreiben und bürokratiearme Zugänge zu Leistungen zeitnah umzusetzen. Neben der finanziellen Förderung von Familien bedarf es ebenso der Förderung des Zugangs der Eltern zu auskömmlicher Erwerbstätigkeit und zu vielfältigen Möglichkeiten, flexibel Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.

4. Der Neunte Familienbericht „Eltern sein in Deutschland“ zeigt auf, dass Elternschaft zunehmend **steigende Anforderungen an Eltern** stellt, in immaterieller, zeitlicher und materieller Hinsicht. Dieser gesellschaftliche Trend der „Intensivierung von Elternschaft“ birgt das Risiko eines sozialen Wettbewerbs zwischen ressourcenreichen, bzw. -armen Familien. Die Chancen für einen sozialen Aufstieg von Kindern aus einkommensschwachen Familien sind insgesamt gering. Deshalb ist es entscheidend, neben existenzsichernder Unterstützung auch Optionen für mehr flexible Zeitgestaltung

von Familien zu entwickeln. Denn ohne Zeit füreinander können Familien die gegenseitige Unterstützung, die Übernahme von Verantwortung und familiären Aufgaben wie etwa Erziehung und Förderung von Kindern oder Pflege nicht wahrnehmen. Das sich Vertraut- und Geborgenfühlen benötigen schlicht und einfach Zeit.

Trotz aller bisherigen Maßnahmen haben mehr als die Hälfte aller Eltern das Gefühl, nicht ausreichend Zeit für ihre Kinder zu haben. Familie darf kein Hindernis für die Teilhabe am sozialen, beruflichen und kulturellen Leben sein. Die JFMK hält deshalb eine aktive Familienzeitpolitik für unbedingt erforderlich.

Ebenso muss die Zeitkompetenz von Familien gestärkt werden, damit die Zeit selbstverantwortlich so strukturiert werden kann, dass individuelle oder gemeinsame Handlungsziele erreicht werden können. Ansatzpunkte dafür können verschiedene Bildungssysteme sein. Darüber hinaus soll familiäre Zeitverwendung, wie Zeit für Kindererziehung oder Pflege im Wertesystem unserer Gesellschaft stärker verankert werden, um mehr Wertschätzung zu erfahren, da Anerkennung die gesellschaftlichen Erwartungen und in der Folge die Zeitverwendung des Einzelnen prägen. Die JFMK betont daher, dass Bundesregierung, Länder und Kommunen ihre Anstrengungen verstärken müssen, die familienbezogene Infrastruktur weiterzuentwickeln, weil sie bedeutsam für das Aufwachsen von jungen Menschen ist sowie die Realisierung der Erwerbswünsche beider Elternteile ermöglicht.

5. So wie die Familie vielfältiger wird, wandeln sich auch die **Rollen- und Geschlechterbilder**. Für viele junge Erwachsene sind heute „aktive Väter“, berufstätige Frauen und **partnerschaftliche Beziehungen** selbstverständlich und erstrebenswert. Fast die Hälfte der Eltern wünscht sich eine partnerschaftliche Teilung von Beruf und Familienarbeit. Trotz der sich wandelnden Wertevorstellungen sind die Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen in Deutschland insbesondere nach der Geburt des ersten Kindes noch sehr ungleich verteilt, die Hauptlast der Sorge- und Hausarbeit liegt gerade im Kleinkindalter immer noch bei den Frauen. Zur Entlastung wählen Frauen Teilzeitmodelle mit zum Teil geringem Stundenumfang oder verlassen den Arbeitsmarkt kurz- oder längerfristig und manchmal sogar ganz. Entscheidend kommt es darauf an, dass Mütter und Väter ihre Arbeitszeitwünsche umsetzen können und gleichzeitig Zeit für ihre Kinder haben ohne auf Chancen für die berufliche Entwicklung oder Führungspositionen verzichten zu müssen.

Auch wenn die gemeinsame Fürsorgearbeit von Vätern und Müttern durch den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, durch die Arbeitsplatzgarantie und das Recht auf Teilzeitarbeit erleichtert werden, bestehen noch immer strukturelle Benachteiligungen, die die Verbindung von beruflicher Weiterentwicklung und der Entscheidung für Kinder erschweren. Noch immer finden Fürsorgezeiten für Kinder und alte bzw. pflegebedürftig gewordene Angehörige in der klassischen Erwerbsbiografie wenig oder gar keinen Platz.

Eine egalitäre Arbeitsteilung bei Sorge- und Hausarbeit wirkt sich unmittelbar auf die Erwerbsbeteiligung von Müttern und auf die Zufriedenheit mit der partnerschaftlichen Rollenverteilung der Eltern und damit auch der Kinder aus. Familienpolitische Maßnahmen für mehr Partnerschaftlichkeit müssen deshalb Väter stärker adressieren und einbinden. So können im Bundeselterngeld Anreize geschaffen werden, damit mehr Väter länger in Elternzeit gehen. Auch die Förderung einer familienfreundlichen Unternehmenskultur muss weiter zentrales Ziel der Familienpolitik sein. Dazu gehören flexible Arbeitszeiten, der Ausbau der Kinderbetreuung für Kleinkinder sowie mehr Ganztagsangebote für Grundschul Kinder, um Teilzeit als vorherrschendes Vereinbarkeitsmodell zu ergänzen.

6. Der Neunte Familienbericht der Bundesregierung befasst sich vor dem Hintergrund des zunehmenden Orientierungs- und Unterstützungsbedarfs von Familien auch mit der **Familienbildung** als ein wichtiges familienunterstützendes Angebot der Kinder- und Jugendhilfe. Der allgemeinen Familienbildung wird ein hohes Potential und eine wachsende Bedeutung bei der Unterstützung von Eltern in unterschiedlichen Lebens- und Bedarfslagen attestiert. Um ihre primärpräventive Wirkung voll entfalten zu können, muss die Familienbildung umfassend in die sozialräumliche und lebensweltorientierte, vernetzte Angebotsstruktur der Kinder- und Jugendhilfe und des Bildungssystems eingebunden werden. In den Jugendämtern, die besonders zu Familien in prekären und/oder besonders belasteten Lebenslagen Kontakt haben, laufen Informationen über Bedarfslagen in den unterschiedlichen Sozialräumen sowie die vielfältigen Angebote zusammen. Deshalb sind sie der Schlüssel für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Angebote der Familienbildung. Hierfür braucht es eine qualifizierte und personalisierte Jugendhilfeplanung in den Kommunen.

Die JFMK bittet die öffentlichen Träger der Jugendhilfe, für eine entsprechende Berücksichtigung der Angebote der Familienbildung in der örtlichen Jugendhilfeplanung Sorge zu tragen.

Zugleich zeigt der Neunte Familienbericht aber auch die Problematik auf, die sich durch eine fehlende bundesweite wissenschaftliche Studie von Angeboten der Familienbildung hinsichtlich zentraler Fragestellungen wie der Verfügbarkeit, Zugänglichkeit, Passgenauigkeit und Wirksamkeit von Unterstützungsangeboten ergibt. Die Jugend- und Familienministerkonferenz bittet die Bundesregierung deshalb, entsprechend der Ausführungen des Neunten Familienberichts, zusätzlich zu der bereits erfolgten Bestandsaufnahme der Familienbildung und Familienberatung aus dem Jahr 2021 eine bundesweite Studie auch unter Berücksichtigung der digitalen Entwicklung durchzuführen, um die Weiterentwicklung der Familienbildung damit voranzutreiben.

7. Um wirksam zu sein, müssen bedarfsentsprechende Unterstützungs- und Bildungsangebote auch tatsächlich ankommen. Vor allem für Familien, die besondere Herausforderungen bewältigen müssen, bestehen zu oft Zugangshürden, zum Beispiel aufgrund von Sprach- oder kulturellen Barrieren, Teilhabebeeinträchtigungen durch eine Behinderung, fehlender örtlicher oder zeitlicher Erreichbarkeit von Angeboten, Systemgrenzen oder der Unübersichtlichkeit der Angebotslandschaft.

Notwendig sind **niederschwellige, vielfältige, vernetzte und bedarfsgerechte Zugangswege**, zum Beispiel über offene Treffs, aufsuchende Beratung sowie Anlaufstellen und Lotsensysteme vor Ort und im digitalen Raum. Bei der Schaffung von neuen Angeboten muss der Zugang zu ihnen auf allen Ebenen noch stärker als bislang mitgedacht werden; Familien in ihrer Vielfalt sollten stärker in die Konzeption eingebunden werden. Angebote sollten verstärkt dort gemacht werden, wo sich Kinder, Jugendliche und deren Eltern aufhalten. Hierzu ist die Intensivierung der Kooperationen der Kinder- und Jugendhilfe insbesondere mit Schulen, Gesundheitswesen und anderen sozialen Leistungssystemen notwendig. Private, freie und öffentliche Träger und Leistungserbringer, die für und mit Familien arbeiten, sollten über die Einbindung in lokale Netzwerke in ihrer Fähigkeit gestärkt werden, Familien zu beraten in andere Hilfen weiterzuvermitteln.

Unterstützungs- und Bildungsangebote müssen sich hin zu aufsuchenden und/oder offenen Angeboten vor Ort entwickeln. Insbesondere die Kooperation mit Familienzentren, Einrichtungen der Familienbildung, Kindertageseinrichtungen und Schulen bietet die Chance, Zielgruppen niedrigschwellig zu erreichen. Der Ausbau von gebührenfreien Angeboten trägt ebenfalls dazu bei, Zugangsbarrieren abzubauen. Auch wenn Teilnahmeentgelte besonders für Familienbildungseinrichtungen eine wesentliche Säule

der Finanzierung darstellen, bedeuten sie zugleich für Familien in prekären Lebenslagen eine erhebliche Zugangsbarriere.

Die Bundesregierung wird gebeten, in Abstimmung mit den Ländern

- die Forschung dazu zu intensivieren, welche Zugänge Familien brauchen, welche Hürden bestehen und wie diese überwunden werden können;
- eine aufeinander bezogene Informationsstrategie zu familienpolitischen Leistungen und Angeboten zu entwickeln,
- Maßnahmen zur Intensivierung der Zusammenarbeit von Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitswesen zu entwickeln, damit die beiden Systeme ineinandergreifen und Familien im Bedarfsfall aufeinander abgestimmte Hilfen erhalten.
- Ferner wird die Bundesregierung gebeten, ihre Programme zur Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien eng mit den Ländern und den kommunalen Verbänden abzustimmen, damit sie sich gut in lokale Angebotsstrukturen einfügen.

8. Der Neunte Familienbericht konstatiert, dass Kinderwunsch und tatsächliche Familiengründung häufiger auseinanderfallen und die Konstellationen gewünschter und gelebter Elternschaft immer vielfältiger werden. Seitens des Bundes sind daher Anpassungen im **Familienrecht** vorgesehen. Die JFMK fordert, dass bei der Neuregelung familiärer Beziehungen das Kindeswohl im Zentrum steht, wie beispielsweise die Gewährleistung des Rechts des Kindes auf Kenntnis der Abstammung.
9. Staatliches Handeln muss zielgenau bei Familien in ihren vielfältigen Ausprägungen ankommen und wirken. Zur Weiterentwicklung der Familienpolitik braucht es daher eine **solide Wissensbasis über die Situation von Familien** – wie zum Beispiel Paar-Familien, Alleinerziehende, Mehrkind-, Adoptions- oder Pflegefamilien, Stief- und Patchworkfamilien mit unterschiedlichen Betreuungs- und Wechselmodellen, gleichgeschlechtliche Paare mit Kind oder Familien nach einer Samenspende. Mit der Pluralisierung von Familien- und Lebensformen ist es notwendig geworden, entsprechende Daten über diese neuen Realitäten heranziehen zu können. Die JFMK fordert daher die Bundesregierung auf, die Datenlage über die vielfältigen Familienformen zu verbessern. Sie bittet insbesondere zu prüfen, wie die unterschiedlichen Familienkonstellationen in amtlichen Statistiken besser abgebildet werden können.

Darüber hinaus hält es die JFMK für notwendig, dass Daten länderspezifisch erhoben werden, um eine passgenaue Familienpolitik zu stärken. Denn die Lebensbedingungen stellen sich in den Ländern sehr unterschiedlich dar.